

Pressemappe

Zur

Landesweiten Demonstration: Polizeigesetz NRW stoppen!
08.12.2018 Düsseldorf

Inhalt

1. Inhalt, Online Auftritt, Social Media & Ansprechpersonen vor Ort S. 1
2. Infos zum Bündnis & Unterstützende S. 2
3. Bündniskonsens, Demo-Aufruf, Demo-Konsens S. 3-4
4. Block-Aufstellung S. 5
5. Ablauf, Programm & Demo-Route S. 6
6. Anhang: Wichtige Pressemitteilungen S. 7

Online Auftritt & Social Media

<https://polizeigesetz-nrw-stoppen.de/>

<https://www.facebook.com/PolGNRWStoppen/>

Twitter: <https://twitter.com/PolGNRWStoppen> #PolGNRWStoppen #NoPolGNRW #NoPolG

kontakt@polizeigesetz-nrw-stoppen.de

presse@polizeigesetz-nrw-stoppen.de

Pressebüro: 0157 – 38 31 99 76

Lokale Ansprechpersonen auf der Demo

Kerstin Demuth (Digitalcourage e.V.): 0152 251 434 97 (Mobil vor Ort)

Raphael Müller (Attac): 0171 927 598 7 (Mobil vor Ort)

Christian Mertens (Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e.V.): 0163 683 765 3 (Mobil vor Ort)

Pressebriefing vor der Demo:

Ein Pressebriefing findet ab 12:30 Uhr am ver.di Haus statt (Karlstraße 127, Treffpunkt vor dem Eingang). Als Ansprechpartner*innen stehen Ihnen jederzeit unsere o.a. Pressesprecher*innen zur Verfügung, die Sie beim Briefing kennenlernen und die zudem unter der u.a. Telefonnummer vermittelt werden. Gerne begleiten Sie Sprecher*innen des Bündnisses auch während der Demonstration am Samstag. Nehmen Sie hierfür vorab gerne Kontakt zu uns auf.

Infos zum Bündnis

Das Bündnis „Polizeigesetz NRW stoppen!“ wird getragen von (aktive Mitarbeit)

- AK Kritische Jurist*innen
- AK zu Recht
- Antifa AK Köln
- Antifa Werne
- Antirepressionsgruppe Rheinisches Revier
- Attac Deutschland, Attac Düsseldorf, Attac Paderborn
- ausgeCO2hlt
- Autonome Antifa 170
- Chaos Computer Club Cologne
- ContrAtom
- Demokratie in Bewegung – Landesverband NRW
- Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW (DFG-VK)
- DIDF
- DIE LINKE NRW
- Digitalcourage e.V.
- Ende Gelände
- Erwerbslosenforum
- GRÜNE JUGEND NRW
- i furiosi
- Klimavernetzung Ruhr
- Komitee für Grundrechte und Demokratie
- Linksjugend [‘solid] NRW
- NIKA
- Piraten NRW, Piraten Düsseldorf
- Republikanischer Anwältinnen- und Anwälteverein e. V. (RAV)
- SJD – Die Falken Landesverband NRW
- Strafverteidigervereinigung NRW e.V.
- Tacheles e.V.
- Vereinigung Demokratischer Juristinnen und Juristen (VDJ)
- sowie mehrere Einzelpersonen

Darüber hinaus haben mehr als 100 weitere Gruppierungen und Einzelpersonen den Aufruf zur Demonstration am 08.12.2018 unterzeichnet. Eine Auflistung der Aufruf-Unterzeichner finden Sie auf der Homepage unter <https://www.polizeigesetz-nrw-stoppen.de/#aufruf-unterzeichnet>.

Zudem gibt es eigene Aufrufe von Ver.di NRW:

<https://polizeigesetz-nrw-stoppen.de/2018/11/30/aktuelles/aufruf-ver-di-landesbezirk-nrw/>

Sowie eines Klimagerechtigkeits-Blocks unter:

<https://polizeigesetz-nrw-stoppen.de/demo-polizeigesetz-nrw-stoppen/aufruf-klimagerechtigkeitsblock-am-08-12-18-in-duesseldorf/>

Bündniskonsens

Wir stehen für lebendigen, bunten Protest gegen das neue Polizeigesetz NRW. Mit vielfältigen, kreativen und offenen Aktionen fordern wir den Landtag NRW auf, die Gesetzesänderungen nicht zu beschließen. Wir schließen damit an die großartigen Aktionen und Proteste gegen die repressiven Polizeigesetze in NRW sowie in anderen Bundesländern an.

Wir sind Menschen aus verschiedenen Gruppen aus Zivilgesellschaft, Parteien und sozialen Bewegungen. Auch wenn wir in einzelnen Positionen unserer alltäglichen Praxis nicht übereinstimmen, so kommen wir doch zusammen, um gegen die Verschärfung des Polizeigesetzes NRW zu protestieren, weil es uns alle betrifft.

In diesem Sinne stellen wir unsere Gemeinsamkeiten in den Vordergrund und gehen respektvoll und solidarisch miteinander um. Grenzen findet diese Pluralität in jeder Form von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit. Faschist*innen, Rassist*innen, Antisemit*innen und Sexist*innen, sowie Personen, die durch menschenverachtende Äußerungen auffallen, werden bei uns nicht geduldet. Ebenso werden Personen oder Organisationen, die entgegen unserem Konsens oder bündnisfeindlich agieren, bei uns nicht toleriert. In Zweifelsfällen entscheidet das Bündnisplenum.

Gemeinsam wollen wir auf Augenhöhe miteinander arbeiten und transparente Entscheidungen treffen.

Demo-Aufruf

Polizeigesetz NRW stoppen!

Landesweite Demonstration „Polizeigesetz NRW stoppen!“

8. Dezember 13:00 Uhr Auftakt (Sammlungsphase ab 12:00 Uhr)

DGB Haus, Friedrich-Ebert-Straße 34-38, 40210 Düsseldorf

#NoPolGNRW #PolGNRWStoppen

Den Angriff auf unsere Grundrechte und Freiheit abwehren!

Die NRW-Landesregierung will noch in diesem Jahr eine umfassende Verschärfung des Polizeigesetzes durchsetzen. Damit plant sie einen massiven Angriff auf unser aller Grundrechte und Freiheiten: Die Überwachung von Handys und Laptops mit Staatstrojanern, Schleierfahndung und permanente Überwachung im öffentlichen Raum, Taser-Einsatz, Kontaktverbote, Hausarrest bis hin zu wochenlangem Einsperren ohne Rechtsbeistand – das alles soll die Polizei allein aufgrund von Vermutungen tun können. Es kann uns alle treffen, es reicht bereits aus, sich zur falschen Zeit am falschen Ort aufzuhalten. Diese tiefgreifende Erweiterung der polizeilichen Befugnisse hebt grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien wie die Unschuldsvermutung, die Gewaltenteilung und das Trennungsgebot von Polizei und Geheimdiensten aus. Der bisherige breite Protest hat die Landesregierung unter Druck gesetzt und den Prozess verzögert. Doch die vorgelegten Änderungen sind nichts weiter als bloße Augenwischerei.

Wir sagen deshalb – wie viele in anderen Bundesländern auch – NEIN zu massenhafter Überwachung unter dem Deckmantel von angeblicher Sicherheit und Ordnung und NEIN zum massiven Eingriff in die Grundrechte von Millionen Menschen! Wir werden das Polizeigesetz NRW stoppen!

Dafür rufen wir ab sofort zu Aktionen in ganz NRW und zu einer landesweiten Demonstration in Düsseldorf am 08.12.2018 auf. Mit thematischen Blöcken von beispielsweise antirassistischen, feministischen, migrantischen Gruppen, Fußballfans und Menschen aus der Klimabewegung wollen wir

dort auf die Breite der Betroffenheit aufmerksam machen. Wir wünschen uns, dass auf der Demo sichtbar wird, dass dieses Gesetz alle betrifft.

Bereits in den Wochen vor der geplanten Verabschiedung des Gesetzes Mitte Dezember werden wir mit vielfältigen Aktionen lautstark gegen die Verschärfung protestieren, um unser aller Grundrechte und Freiheit zu verteidigen. Mach mit – stoppen wir gemeinsam das Polizeigesetz!

Demo-Konsens

Wir wollen eine lebendige, bunte Demonstration gegen das repressive neue Polizeigesetz NRW. Unsere Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln.

Wir werden uns besonnen verhalten, von uns geht keine Eskalation und Gewalt aus, wir gefährden keine Menschen.

Auch wenn wir in einzelnen Positionen unserer alltäglichen Praxis nicht übereinstimmen, so kommen wir doch zusammen, um lautstark in Düsseldorf gegen das neue Polizeigesetz zu protestieren, weil es uns alle betrifft.

In diesem Sinn stellen wir unsere Gemeinsamkeiten, nämlich die Verhinderung des geplanten Polizeigesetzes, in den Vordergrund und gehen respektvoll und solidarisch miteinander um. Aufgrund dieses übergeordneten gemeinsamen Ziels wird von dem Verkauf von Druckerzeugnissen und Spendensammlungen zu eigenen Zwecken ohne Rücksprache innerhalb des Bündnisses sowie jeglichen Infoständen während der Demonstration abgesehen. Die Blöcke innerhalb der Demo sollen sich thematische Schwerpunkte suchen und diese nach außen sichtbar machen. Ob darüber hinaus Parteifahnen erwünscht sind, und welche, wird den jeweiligen Blockorganisationen überlassen. Die Mitführung und aktive Nutzung jeglicher Sound-Verstärker erfolgt nur in Absprache mit dem Demonstrationsrat.

Jene Zielverfolgung, die Verhinderung des Polizeigesetzes, tritt jedoch vor gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zurück. Daher sind Faschist*innen, Rassist*innen, Antisemit*innen und Sexist*innen, sowie Personen die durch menschenverachtende Äußerungen auffallen (s. oben) unter keinen Umständen geduldet.

In diesem Sinne: Wir gehen gemeinsam los und kommen gemeinsam an.

Aufstellung der Demo-Blöcke

Vorläufige Aufstellung der Blöcke:

Bündnislauti (Friedrich-Ebert-Str/in Höhe Hanaromarkt)

- Bündnisblock (Friedrich-Ebert-Str/in Höhe Hanaromarkt)
- Klimablock (bis Ecke Charlottenstr)
- Schwarzer Block der Strafverteidiger*innen (vor Charlottenstr.)
- Feministischer Block (in Höhe Loungebar)
- Block gegen die Verbote von Symbolen (China Restaurant)

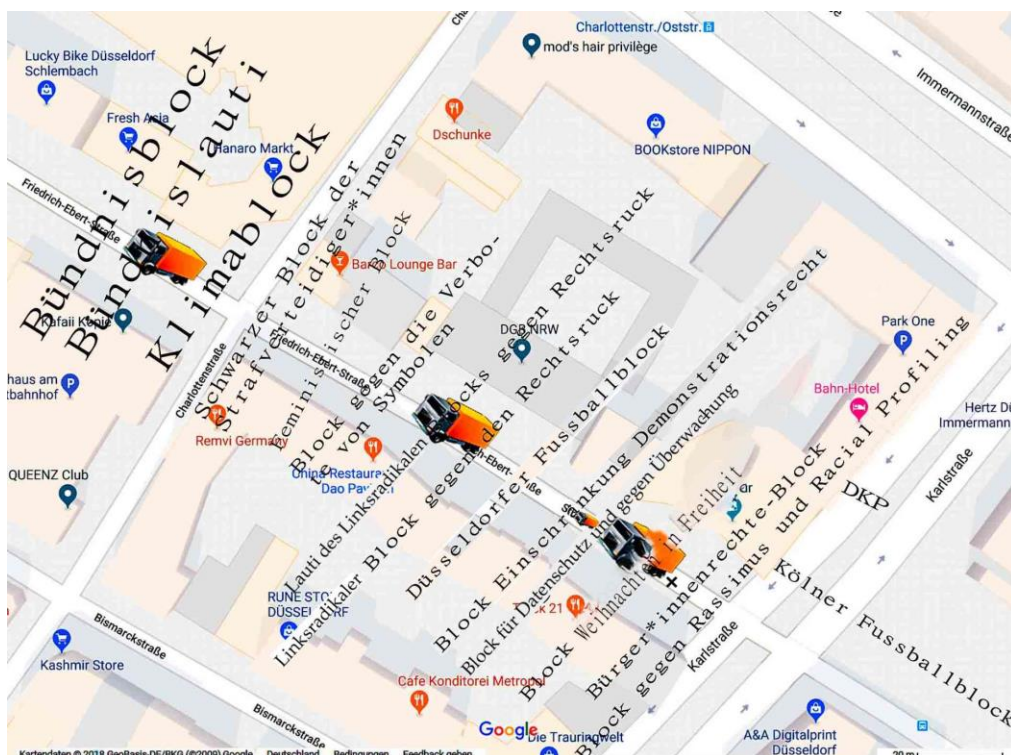
Lauti des Linksradikalen Blocks gegen Rechtsruck (DGB-Haus)

- Linksradikaler Block gegen Rechtsruck (DGB Haus)
- Düsseldorfer Fussballblock (Track 21)
- Block Einschränkung Demonstrationsrecht (Beginn DGB Haus)

Lauti 3 (Friedrich-Ebert-Str in Höhe Figaros Barbershop)

- Block für Datenschutz und gegen Überwachung
- Bürger*innenrechte-Block + Weihnachten in Freiheit – Polizeigesetz NRW stoppen
- Block gegen Rassismus und Racial Profiling (nacheinander reihen bis Karlstr.)
- Kölner Fussballblock (Karlstr. Hotel Mercur)
- DKP (Karlstr.)
- ... dies sind unsere Blöcke; alle anderen reihen sich danach ein auf der Karlstr.

Aus Rücksicht auf die Privatsphäre unserer Demonstrationsteilnehmenden möchten wir darum bitten, Portraitaufnahmen nur mit Einverständnis anzufertigen.

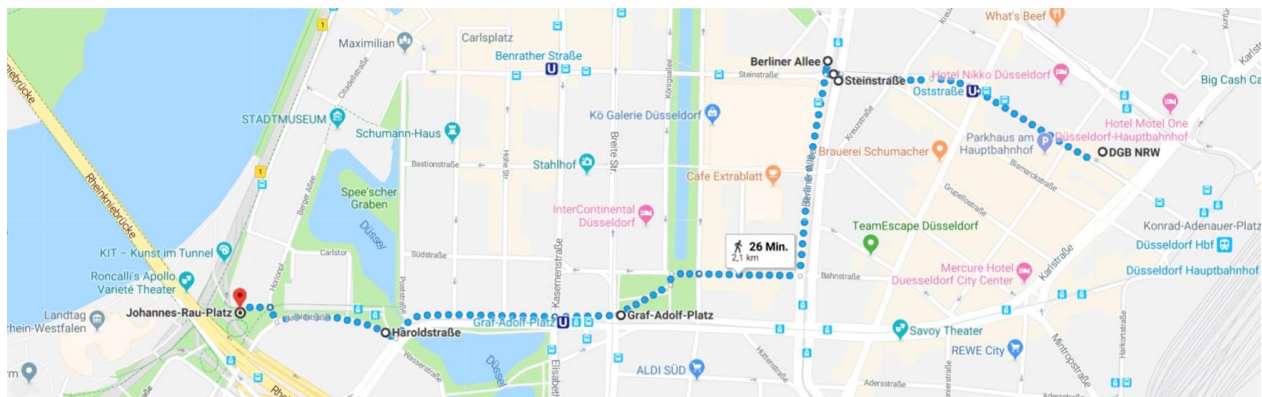


Ablauf & Programm

(Alle Zeitangaben sind Schätzungen)

- 12:00 Uhr Sammeln
- 13:00 Uhr Musik
- 13:15 Uhr Begrüßung
- 13:25 Uhr Auflagen verlesen
- 13:30 Uhr Juristische Einordnung (Christian Mertens, Rechtsanwalt und Strafverteidiger)
- 13:35 Uhr Klima (Annika; Klimagerechtigkeitsaktivistin)
- 13:40 Uhr Yvonne von der Initiative Adam A.
- 13:45 Uhr Feminismus
- 13:50 Uhr Demozug bis zum Graf-Adolf-Platz
- 15:00 Uhr Zwischenkundgebung
- 15:05 Uhr Rechtsruck
- 15:10 Uhr Verbot von Symbolen (Ayten von Navdem)
- 15:15 Uhr Überwachung (Kerstin Demuth, Digitalcourage e.V.)
- 15:20 Uhr Einschränkung Demonstrationsrecht (Gabi Schmidt, Landesleiterin verdi)
- 16:00 Uhr Abschlusskundgebung
- 16:05 Uhr Rassismus und Racial Profiling (Fotis Matentzoglou, Linke)
- 16:10 Uhr Bürger*innenrechte (Verena Schäffer, Grüne und Michael Röls, Grüne Jugend)

Demo-Route



Friedrich-Ebert-Straße – Steinstraße – Berliner Allee – Bahnstraße – Graf-Adolf-Platz – Haroldstraße – Johannes-Rau-Platz

Anhang: Wichtige Pressemitteilungen

Presseankündigung, 03.12.2018

Erneut landesweite Demonstration „Polizeigesetz NRW stoppen!“ am 8.12. in Düsseldorf

+++ Erneut landesweite Demonstration „Polizeigesetz NRW stoppen!“ am 8.12. in Düsseldorf

+++ Breites Bündnis fordert Stopp des autoritären Gesetzesvorhabens

+++ Einladung der Presse zur Teilnahme und Berichterstattung am 8.12. ab 12:30 Uhr

Am kommenden Samstag (8.12.2018) erwartet das Bündnis „Polizeigesetz NRW stoppen!“ erneut tausende Demonstrierende in Düsseldorf, die sich gegen die autoritäre Verschärfung des Polizeigesetzes wenden. Bürgerrechtsorganisationen, Gewerkschafter*innen, migrantische Selbstorganisationen, Datenschützer*innen, Fußballfans, Klimaaktivist*innen, politische Parteien und viele weitere Gruppen haben ihre Teilnahme angekündigt.

„Statt die Kritik von Expert*innen aufzugreifen und das Grundgesetz als Maßstab zu nehmen, versucht die Landesregierung mit Angstmacherei Verschärfungen durchzuboxen, die sich besonders gegen demokratische Teilhabe, praktische Solidarität und sozial Schwächergestellte richten.“, bemängelt Raphael Müller, Sprecher des Bündnisses.

Thematische Blöcke werden aufzeigen, in welchen Bereichen das verschärfte Polizeigesetz ins alltägliche Leben eingreift und die breite Betroffenheit aller Gesellschaftsschichten sichtbar machen. So wird es unter anderem einen schwarzen Roben-Block, einen antirassistischen Block, einen Gewerkschafter*innen-Block, einen Block für Privatsphäre und Datenschutz, einen Block für Bürger*innenrechte, einen feministischen Block, einen Block von „Nationalismus ist keine Alternative“ sowie Fußballfan-Blöcke verschiedener Clubs geben.

Auch mehrere Gruppen, die sich für Klimagerechtigkeit einsetzen, werden dort ihren Protest in einem eigenen Block zum Ausdruck bringen. Sie haben dieses Jahr im und um den Hambacher Wald ein enormes Maß an polizeilicher Willkür erleben müssen. „Das neue Polizeigesetz richtet sich auch gegen unseren Einsatz für Klimagerechtigkeit: Mit der Möglichkeit, uns bei Personalienverweigerung sieben Tage in Gewahrsam zu nehmen oder Taser gegen uns einzusetzen, will die Polizei uns einschüchtern. Ziel ist es, unseren legitimen Protest gegen ein klimaschädliches, kapitalistisches Wirtschaftssystem weiter zu kriminalisieren.“, so Annika Sommer, Sprecherin des Bündnisses.

„Wir wollen eine lebendige, bunte Demonstration gegen die autoritäre Gesetzesverschärfung. Unsere Aktion wird ein Bild der Vielfalt, Kreativität und Offenheit vermitteln- entschlossen, solidarisch und besonnen. Wir rufen alle freiheitsliebenden Menschen dazu auf, sich der Demonstration am 08. Dezember anzuschließen, für ihre Rechte einzustehen und an die großartigen Aktionen und Proteste gegen die repressiven Polizeigesetze in NRW sowie in anderen Bundesländern anzuschließen.“ so Martin Behrsing, Sprecher des Bündnisses und Demonstrationsanmelder. Am 8. Dezember demonstriert zeitgleich in Hannover das #noNPOG-Bündnis gegen die Verschärfung des niedersächsischen Polizeigesetzes.

Nach breiter Kritik von Menschenrechtler*innen, Datenschützer*innen und den rund 20.000 Teilnehmer*innen bei der NRW-Demonstration am 7. Juli hatte die Landesregierung die Verabschiedung des Gesetzes zunächst verschoben und im Oktober Änderungen vorgelegt. Das Bündnis „Polizeigesetz NRW stoppen!“ analysiert jedoch diese Änderungen als Täuschungsmanöver. Martin Behrsing kommentiert: „Nach wie vor führen diese Verschärfungen zur Einschränkung von grundrechtlich geschützten Freiheiten wie Bewegungs- und Versammlungsfreiheit. Deshalb rufen wir die Menschen aus NRW dazu auf, sich an unseren Protesten zu beteiligen. Der Entwurf bleibt absolut unverhältnismäßig und im Kern verfassungswidrig“.

Pressemitteilung, 21.11.2018

„Polizeigesetz NRW stoppen!“ – Bündnis fordert vollständige Verhinderung statt kosmetischer Veränderung des Gesetzes

+++ Weiterhin breiter Widerstand gegen geplante Verschärfung des Polizeigesetzes NRW +++ Das Bündnis „Polizeigesetz NRW stoppen!“ ruft auf zu Aktionswochen und einer landesweiten Demonstration am 8.12.2018 in Düsseldorf +++ Bündnissprecherin Michèle Winkler fordert, das Gesetz vollständig zu stoppen, statt kosmetische Änderungen vorzunehmen

Die Fraktionen von CDU und FDP des Landtags NRW haben am 9. Oktober einen Änderungsantrag zur umstrittenen Verschärfung des Polizeigesetzes vorgestellt. Das Bündnis „Polizeigesetz NRW stoppen!“ bemängelt, dass die öffentliche Kritik und die Stellungnahmen zahlreicher Expert*innen nicht ernst genommen wurden und fordert, die geplanten Verschärfungen zu kippen. Das Bündnis ruft zum landesweiten Protest auf, mit lokal organisierten Aktionswochen und einer landesweiten Demonstration am 8.12.2018 in Düsseldorf.

Bündnissprecherin Kerstin Demuth kommentiert: „Die Regierungsfractionen erklären nicht, wie die Verschärfung für mehr Sicherheit sorgen soll. Das Gegenteil ist der Fall: Unsere Abwehrrechte gegen den Staat schaffen Sicherheit – und die werden durch den Gesetzentwurf ausgehöhlt. Das Gesetz führt zu Rechtsunsicherheit, weil die polizeilichen Maßnahmen fortan jede*n treffen können: Es kann ausreichen, bestimmte Internetseiten anzuklicken, mit vermeintlich Verdächtigen in Kontakt zu stehen oder einfach zur falschen Zeit am falschen Ort zu sein.“

Weitreichende Überwachungsbefugnisse

Auch in der veränderten Fassung des Gesetzes sollen alle Überwachungs- und Repressionsmaßnahmen des Entwurfs erhalten bleiben, darunter elektronische Fußfesseln und Schleierfahndung. Ebenso soll die Videoüberwachung ausgeweitet werden, obwohl sie Studien zufolge gegen Gewalt und Terror wirkungslos ist. Dagegen wird der Polizei mit dem Taser eine neue, lebensgefährliche Waffe zugestanden, die in den USA schon zu Hunderten Toten führte.

Auch staatliches Hacking via Staatstrojaner ist weiterhin vorgesehen.

Gegen Staatstrojaner laufen mehrere Verfassungsbeschwerden – auch von der FDP, unter anderem, weil das Eindringen in Geräte nur über offen gehaltene Sicherheitslücken funktioniert.

Zwei Wochen Unterbindungsgewahrsam ohne anwaltlichen Beistand

Der Unterbindungsgewahrsam soll deutlich verlängert werden: von aktuell zwei Tagen nun auf zwei Wochen. Diese erste Frist kann jedoch verlängert und anschließend beliebig oft neu beantragt werden. Damit wird die Möglichkeit geschaffen, Menschen ohne Rechtsbeistand und ohne Verurteilung

einzusperren. Das ist ein Bruch mit dem Prinzip der Unschuldsvermutung. Die Vorschrift gilt sogar – anders als noch im letzten Entwurf – für alle (und nicht ausschließlich für terroristische) Straftaten. „Ein perfektes Sinnbild für den gesamten Änderungsantrag“, so Sabine Lassauer, Sprecherin des Bündnisses: „Die Änderungen sind reine Augenwischerei, um unsere Kritik zu ersticken. Aber wir bleiben dabei: Das Gesetzesvorhaben strotzt vor Kontrollwahn. Es bleibt ein Angriff auf unsere Grundrechte und Freiheiten. Wir lehnen es deshalb kompromisslos ab.“

Fragwürdige Definition von Terrorismus

Trotz gegenteiliger Behauptung ist der weithin kritisierte Begriff der „drohenden Gefahr“ weiterhin im Gesetz enthalten. Zwar wurden die Worte „drohende Gefahr“ entfernt, allerdings findet sich deren Definition nun in den Maßnahmenvorschriften der Quellen-TKÜ, der Aufenthaltsvorgaben und der elektronischen Fußfessel. An die Stelle der „drohenden terroristischen Gefahr“ tritt ein weit gefasster Straftatenkatalog „terroristischer Straftaten“. Solch ein Katalog ist laut Sachverständigem Prof. Dr. Clemens Arzt grundsätzlich ungeeignet für die Gefahrenabwehr und überschreite hier deutlich das Maß des grundrechtlich Vertretbaren. Danach würde in Zukunft bereits das Beschädigen eines Polizeifahrzeugs als Terrorismus gewertet, wenn es mit „terroristischem Vorsatz“ geschieht. Wie dieser Vorsatz nachgewiesen werden soll, bleibt unklar.

„Das Gesetz stellt einen Paradigmenwechsel dar und der Änderungsantrag ist nur eine Verschleierungstaktik“, erklärt Bündnissprecherin Michèle Winkler. „Die Gefährder-Definition gibt der Polizei die Möglichkeit, weit vor einer konkreten Gefahr Menschen zu überwachen und ihre Freiheit empfindlich einzuschränken. Die Pläne der NRW-Regierung schaffen die Voraussetzungen für polizeiliche Willkür, beschneiden wesentliche Grundrechte und zerstören das Vertrauen in die Demokratie.“